Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung Halbjahrlich 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 19. März 1932.

Die Kettenhunde der Reaktion.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Von Philipp Scheidemann.

SPD. Die SPD ist für viele Zeitgenossen links und rechts der "Hauptfeind". Für die KPD ist sie es wider besseres Wissen, also aus Charakterlosigkeit, oder wegen ungenügender Begabung. Bei den Rechtsbolschewisten liegt die Sache noch einfacher, sie werden vom Grosskapitalismus, für den die SPD tatsächlich der Hauptfeind ist, bezahlt; sie sind die Kettenhunde der sozialen Reaktion, sie müssen bellen, sobald ihr Futternapf leer oder ein Thyssentritt fällig ist.

Die Kommunisten beschimpfen uns, weil wir angeblich Arbeiterinteressen verraten. Wir waren allerdings, um nur ein Beispiel anzuführen, für die Erwerbslosenversicherung, während die Kommunisten und Nazi dagegen gestimmt haben! Die KPD-Leute suchen uns besonders deshalb in der Achtung ihrer "rrrevolutionären" Arbeiter, die von den Nazi zu den Kozi und umgekehrt hin und her wogen, herabzusetzen, weil wir uns zur Landesverteidigung bekannt und deshalb Kriegskredite bewilligt haben. Die Kommunisten werfen uns unsere Vaterlandsliebe vor! Umgekehrt geifern die Nazi. Für sie sind wir die Schuldigen an der Krisis, weil wir seit Jahrzehnten mit Erfolg für die Interessen der Arbeiter gekämpft haben. Dadurch sei die Wirtschaft ruiniert worden. Genau so haben es seit vielen Jahren die Herren Lahusen, Stauss, Katzenellenbogen, Goldschmidt, Thyssen und alle die anderen armen Kapitalisten, die mit den Nazi frühstücken und die Agitation bezahlen, auch gesagt.

Die Situation ist ganz klar: für die Kozi sind wir Arbeiterverräter und Ueberpatrioten, für die Nazi sind wir Landesverräter und Wirtschaftszerstörer, weil wir zu viel für die Arbeiter fordern.

\+ + +

Gegen die "Partei der Deserteure" fauchte der ebenso kriegswütige wie absolut kriegsuntaugliche Dr. Goebbels im Reichstag. "Die SPD habe vor 14 Jahren das Reich und die Armee zertrümmert", so drehte der Apotheker Strasser in seinem Nazi-Blättchen seine Giftpillen. - "Goldene Berge hätten die Führer der SPD dem Volke 1918 versprochen und Scheidemann habe gejubelt: das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt" - so und ähnlich krächzten die Nationalisten im preussischen Landtag.

Ist es notwendig, auf solche Anwürfe einzugehen? Vor der Geschichte gewiss nicht, angesichts der Tatsache aber, dass jetzt schon die Kinder politisch bearbeitet werden, Kinder, die aus eigenem Erleben nichts wissen können, in der Schule die Wahrheit nicht erfahren, ausserhalb der Schule von gewissenlosen Burschen aber betrogen werden - angesichts dieser Tatsachen empfiehlt es sich von Zeit zu Zeit die Lügner zu brandmarken, indem man die Wahrheit feststellt.

\+ + +

Deserteure, die Mitglieder der SPD gewesen sind, hat es im Weltkriege überhaupt nicht gegeben. Die Versammlungen der "Deserteure", die in Berlin Ende 1918 an den Litfassäulen angekündigt wurden, standen ausnahmslos in schärfster Opposition zur SPD. Viele der Teilnehmer an jenen Deserteurver-

sammlungen sind ganz zweifellos jetzt in den Lagern entweder der Kommunisten oder Nationalsozialisten. Gab es also Deserteure bei uns überhaupt nicht, so war die Zahl der sozialdemokratischen Freiwilligen unerhört gross. Wo aber ist der nationalsozialistische Ludwig Frank? Man wird ihn vergeblich suchen. Die sozialdemokratischen Redakteure Heilmann, Kuttner, Stampfer liessen ihre Redaktionsstuben im Stich und gingen freiwillig ins Feld. Die Hitleriden Kube, Wulle, von Reventlow und viele viele andere klammerten sich an ihre Redaktionsstühle und liessen sich reklamieren! Der Graf Reventlow war in Friedenszeit ein stolzer Kapitänleutnant, im Kriege reklamierter Redakteur. Jetzt ist er natürlich wieder ganz Held. -

Am 9.November 1918 soll die SPD das Reich und die Armee zertrümmert haben - so lautet das Agitationsrezept aus der Strasserschen Giftbude. Lassen wir die Tatsachen sprechen: Der 9.November war nicht die Ursache, sondern die Folge des Zusammenbruchs. Schon sechs Wochen vor dem 9.November hatten Hindenburg und Ludendorff der Reichskanzler Max Prinz von Baden aufgefordert, sofort Waffenstillstand und Frieden zu vermitteln. Als der Prinz das "sofort" in Uebereinstimmung mit allen für einen Verständigungsfrieden kämpfenden Parteien für das grösste Unglück hielt, weil mit diesem "sofort" jede Verständigungsmöglichkeit ausgeschlossen wurde, und deshalb um Aufschub bat, wurde ihm am 1.Oktober 1918, also immer noch vierzig Tage vor dem 9.November, aus dem grossen Hauptquartier mitgeteilt: "48 Stunden kann die Armee nicht mehr warten!"

Am 9.November, als alles zusammengebrochen am Boden lag, haben wahrhaft vaterländisch gesinnte Männer das Reich vor demdrohenden Zerfall gerettet und, um mit dem Führer der Wirtschaftspartei Prof. Bredt zu sprechen, "Deutschland bewahrt vor dem grauenvollen Schicksal Russlands". Das sind die "Novemberverbrecher" die der wirkliche Novemberverbrecher Hitler mitsamt seiner röhmischen Kumpanei seit vielen Jahren verleumdet und beschimpft. -

"Das Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!" Mit diesem vollkommen aus dem Zusammenhang gerissensn Satz aus der Rede, die ich am 9.November 1918 aus einem Reichstagsfenster heraus hielt, soll gezeigt werden, wie verlogen und verräterisch die SPD gehandelt habe. Sie habe dem Volke ein Paradies versprochen. In Wirklichkeit beweisen die unwahren Behauptungen nur die abgrundtiefe Verlogenheit der Nazi. Da nur recht wenige Leute noch wissen, in welchem Zusammenhang das Wort von dem Sieg auf der ganzen Linie gefallen ist, soll hier die Rede, die vollkommen aus dem Stegreif gehalten wurde, in ihren Hauptsätzen angeführt werden.

"Arbeiter und Soldaten! Furchtbar waren die vier Kriegsjahre. Grauenhaft waren die Opfer, die das Volk an Gut und Blut hat bringen müssen. Der unglückselige Krieg ist zu Ende. Das Morden ist vorbei. Die Folgen des Kriegs, Not und Elend, werden noch viele Jahre auf uns lasten. Die Niederlage, die wir unter allen Umständen verhüten wollten, ist uns nicht erspart geblieben, weil unsere Verständigungsvorschläge sabotiert wurden, wir selbst wurden verhöhnt und verleumdet. - Die Feinde des werktätigen Volkes, die wirklichen "inneren Feinde", die Deutschlands Zusammenbruch verschuldet haben, sind still und unsichtbar geworden. Das waren die Daheimkrieger, die ihre Eroberungsforderungen bis zum gestrigen Tag ebenso aufrechterhielten, wie sie den verbissensten Kampf gegen jede Reform der Verfassung und besonders des schändlichen preussischen Wahlsystems geführt haben. Diese Volksfeinde sind hoffentlich für immer erledigt. Der Kaiser hat abgedankt. Er und seine Freunde sind verschwunden. Ueber sie alle hat das Volk auf der ganzen Linie gesiegt!.... Die neue Regierung darf nicht gestört werden in ihrer Arbeit für den Frieden, in der Sorge um Brot und Arbeit. Arbeiter und Soldaten! Seid Euch der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages bewusst. Unerhörtes ist geschehen. Grosse und unübersehbare Arbeit steht uns bevor. Nichts darf geschehen was der Arbeiterregierung zur Unehre gereicht. Seid einig, treu

und pflichtbewusst! - Das Alte und Morsche, die Monarchie ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue! Es lebe die Deutsche Republik!

Dieser Rede braucht sich kein Sozialdemokrat zu schämen. Sie spricht genau das Gegenteil von dem aus, was gewissenlose Gegner zusammengefälscht haben. Zu einer Schilderung der damaligen Verhältnisse, die man kennen muss, wenn man das Verhalten der Sozialdemokraten gerecht würdigen will, reicht der Raum eines Zeitungsartikels leider nicht aus. Es sei nur daran erinnert, dass die ganze reaktionäre Sippschaft, die damals den preussischen Landtag beherrschte, sich bis zum Zusammenbruch geweigert hat, das Dreiklassenwahlunrecht zu reformieren. Dem Volke keine Rechte, genau so, wie es jetzt die Partei des Parteibuchbeamten Hitler haben will: "Wir wollen eine Herrenschicht ohne Mitleidsmoral, die auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat, ihre Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos auszuüben." - Ueber eine Herrenschicht dieser Art konnte das Volk 1918 auf der ganzen Linie leicht siegen weil das feige Pack bis auf den letzten Mann spurlos verschwunden war. Es wäre eine Schande für das deutsche Volk, wenn es sich jemals wieder eine solche Herrschaft auch nur für einen Tag gefallen liesse.

SPD. Ist Sowjetrussland eine Insel der Hoffnung für die deutschen Arbeit ein Land, in dem Freiheit und Wohlfahrt winkt? Die Kommunisten versuchen es, sie schildern die Herrlichkeiten des Vaterlandes des Sozialismus - aber die russische Wirklichkeit ist traurig. Seit Ende 1930 stehen die Betriebsarbeite unter einem Ausnahmerecht, das die kühnsten Träume deutscher Scharfmacher übersteigt.

Seitdem müssen die russischen Arbeiter wie Sklaven unter der Peitsche arbeiten. Wer die Arbeitsdisziplin verletzt - also wer nicht so schuftet, wie es das Antreibersystem verlangt - kann fristlos entlassen werden, ohne jede Entschädigung. Kein Betriebsrat, keine Gewerkschaft schützt ihn. Wird der Fall für schwer erachtet, so kann der Betroffene auf die schwarze Liste gesetzt werden, wodurch er auf sechs Monate von jeder Beschäftigung ausgeschlossen ist. Das bedeutet Entzug jeder Existenzmöglichkeit. Der Unglückliche, den das trifft, kann sich als Bettler in der Stadt herumtreiben oder sich in der Oede des weiten russischen Landes verlieren, um irgendwo unbemerkt zu verrecken. So Dinge wie Wohlfahrtsunterstützung gibt es in Sowjetrussland nicht, das sind sozialfaschistische Einrichtungen. Das Menschenleben hat keinen Wert und ob ein Arbeiter verreckt oder nicht, lässt die Diktatoren kalt.

Wer aber gar in den Verdacht gerät, böswillig die Arbeitsdisziplin verletzt zu haben, erhält ein Strafverfahren. Das heisst: auf die Denunziation hin, dass ein Arbeiter absichtlich bei der Arbeit bummle oder über den Betrieb sich aufhalte, wird der Denunzierte von der GPU gepackt, unter ihrer Folter gesteht er, was von ihm verlangt wird und wird so ein Schädling.

Wer schlechtes Arbeitsprodukt liefert, erhält keinen Lohn, und kann sehen wovon er sein Leben fristet! Wenn solche Arbeitsbedingungen in Deutschland eingeführt würden, bliebe den Scharfmachern nichts mehr zu wünschen übrig! Es braucht sich nur ein Dr. Best Nummer 2 die russischen arbeitsrechtlichen Vorschriften als Unterlage vorzunehmen, und ein neues Boxheimer Dokument wäre fertig!

Sowjetrussland ist unter der Stalindiktatur nicht ein Land der Freiheit, sondern ein Arbeiterzuchthaus!

SPD. Bingen/Rhein, 19.März (Eig.Dr.)

Wie das hiesige Zentrumsblatt meldet, lagen am 13.März die SA-Mannschaften aus der Umgebung der Stadt Bingen in Aspisheim in erhöhter Alarmbereitschaft. Für die Wahlnacht vom Sonntag auf Montag waren Lastautos bereitgestellt, die die SA-Leute nach Mainz bringen sollten. Die SA-Leute sprachen ganz offen darüber, dass sie Befehl hätten, sobald Hitler gewählt sei, mit Gewalt alle öffentlichen Gebäude in Mainz zu besetzen.

SPD. Da sich in letzter Zeit die Fälle mehrten, dass in Versammlungen gewisser Parteien Teile der Bevölkerung öffentlich des Landesverrats bezichtigt oder als Deserteure bezeichnet wurden, hat der Hessische Innenminister zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung eine Verfügung an die Polizei erlassen, wonach künftig Versammlungen, in denen die Redner trotz Verwarnung derartige Redewendungen gebrauchen, unverzüglich aufzulösen sind.

SPD. Stuttgart, 19.März (Eig.Drahtb.)

Vom Schöffengericht in Balingen (Württemberg) wurde der nationalsozialistische SA-Mann Erwin Jäger wegen eines nächtlichen Ueberfalls auf den Schriftleiter Mayer vom deutschdemokratischen Neuen Alb-Boten in Epingen zu 2 Monaten und 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die Generaldirektoren der Schultheiss-Patzenhofer A.G. wurde am Sonnabend mittag ein Urteil gefällt, das allgemeines Befremden erregen muss und den Strafanträgen der Staatsanwaltschaft schroff entgegen steht. Ludwig Katzenellenbogen, der Hauptangeklagte, wurde nur wegen Bilanzverschleierung zu drei Monaten Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, aushilfsweise einem weiteren Monat Gefängnis, verurteilt. Die Frage des Prospektbetrugs liess das Gericht wegen angeblicher Verjährung fallen, das Delikt der Untreue wurde verneint. Die Strafe wird als durch die Untersuchungshaft verbüsst angesehen, der Haftbefehl wurde sogleich aufgehoben.

Der Angeklagte Generaldirektor Penzlin erhielt gleichfalls wegen Bilanzverschleierung anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat, 10 000 Mark Geldstrafe, dazu noch weitere 10 000 Mark. Die Angeklagten Sobernheim, Kuhlmay und Funke wurden freigesprochen. Soweit keine Verurteilung erfolgt ist, fallen die Kosten des Verfahrens der Staatskasse zur Last.

In der Begründung des Urteils sagt das Gericht, dass Katzenellenbogen Untreue nicht nachgewiesen werden könne. Im Falle des Prospektbetruges müsse analog einer Entscheidung des Reichsgerichts die Verjährung festgestellt werden. Die Bilanzverschleierung sei erwiesen. Die Angaben einer Bilanz müssten auf jeden Fall zutreffend sein; das Interesse der Gesellschaft dürfe nicht über der Wahrheit stehen. Das sei aber hier der Fall gewesen. Was Sobernheim, Kuhlmay und Funke angehe, so hätten sie von den Verschleierungsmanövern Katzenellenbogens nichts gewusst. Die Angeklagten nahmen das Urteil mit grosser Befriedigung auf.

SPD. Paris, 19.März (Eig.Drahtb.)

Der "Temps" schreibt am Sonnabend: "Die Haltung Deutschlands gegenüber dem französischen Plan eines Wirtschaftsbündnisses der Donau-Staaten muss die ernsteste Aufmerksamkeit Frankreichs in Anspruch nehmen. Denn wenn man nicht energisch gegen die Tendenzen der deutschen Haltung reagiert, werden

sie das ganze Unternehmen gefährden, das dazu bestimmt ist, Mitteleuropa vor dem finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren. Die Antwort der Reichsregierung auf die französischen Vorschläge ist inbezug auf die Grundlagen des Problems entmutigend. Im Lichte der Kommentare der deutschen Presse besehen, nimmt sie den Charakter eines wahren Manövers an, das darauf hinzielt, die Natur und die Bedeutung einer Anstrengung zu fälschen, die in edelmütigem Geiste ohne jeden politischen Hintergedanken vollbracht worden ist."

SPD. Neumünster, 19.März (Eig.Drahtb.)

Im Amtsgericht Neumünster kam es anlässlich einer Zwangsversteigerung zu grossen Bauerntumulten. Als das Gewese eines Landwirts zwangsversteigert werden sollte, widersetzte sich dem eine Demonstration von mehreren hundert Landwirten. Der Gemeindevorsteher des betreffenden Ortes musste vor den Nazibauern in den Schöffensaal flüchten und unter polizeilichen Schutz gestellt werden. Die Gerichtsbeamten räumten schliesslich das Gebäude und führten den Bedrohten durch einen Seitenausgang ins Freie.

SPD. Düsseldorf, 19.März (Eig.Drahtb.)

In der Düsseldorfer Festhalle sprach der preussische Innenminister Severing am Sonnabend zur Präsidentenwahl und zur Preussenwahl. Severing der von der vieltausendköpfigen Menge stürmisch begrüsst wurde, führte u.a. aus :

Am 10.April muss das deutsche Volk vollenden, was es am 13.März begonnen hat. Wenn der bisherige Reichspräsident von Hindenburg im ersten Wahlgang die Hälfte aller Stimmen auf sich vereinigen konnte, so hat dieses günstige Resultat im Inland und im Ausland manchen Zweifler überrascht. Ich habe mit einem solchen Ergebnis von vornherein gerechnet. Denn ich habe nicht daran gezweifelt, dass ungeachtet der mit gewaltigen Summen finanzierten nationalsozialistischen Volksverhetzung und der durch die Not herbeigeführten Radikalisierung weiter Volksschichten im entscheidenden Moment das deutsche Volk sich als politisch reif erweisen würde. Die Prahlereien der nationalsozialistischen Führung sind kläglich Lügen gestraft worden. Was bleibt von der Ankündigung von Hitler, dass er mindestens 12 Millionen, Hindenburg höchstens 12 Millionen Stimmen erhalten könnte? Was von den Prophezeiungen der Rosenberg und Goebbels die ihren Anhängern ein Ergebnis von 15 - 20 Millionen Stimmen für Hitler und die Wahrscheinlichkeit seines Sieges im ersten Wahlgang vorausgesagt hatten? Eine heilsame Ernüchterung bei den Nationalsozialisten, eine Festigung und Wiederkehr des Vertrauens bei weiten Kreisen des Inlands und Auslands wird die Folge sein. Die Angstpsychose vor dem Nationalsozialismus ist im Verschwinden, - das ist der Gewinn des ersten Wahlgangs.

Die grossen Arbeitermassen haben die sozialdemokratische Parole, Hitler zu schlagen und Hindenburg zu wählen, verständnisvoll und in fester Disziplin befolgt. Die jahrzehntelange politische Selbsterziehung der deutschen Arbeiterklasse trägt ihre Früchte; sie hat Verständnis für die Realitäten und ist sich klar darüber, wo der Feind steht, der geschlagen werden muss. Der Faschismus ist nicht nur eine tödliche Gefahr für soziale Rechte und Freiheit der Arbeiterschaft und darüber hinaus des ganzen Volkes; sein dreistes Auftreten erzeugt auch eine ständige Beunruhigung in Europa und ist eine Quelle ewigen Misstrauens im eigenen Volke und zwischen den Völkern, die die Ueberwindung der Wirtschaftskrise ständig von neuem verzögert. Die grosse Kraftanstrengung, die alle Anhänger eines demokratischen und friedlichen Deutschlands am 10.April machen müssen, um den an sich gewissen Sieg des bisherigen

Reichspräsidenten überwältigend zu gestalten, muss eine weitere Etappe auf dem Wege der Niederzwingung des Faschismus sein. Mit politischen Bewegungen, gleichviel welcher Art, kann man paktieren; eine Bewegung der Gewalt aber kann nur durch Bereitschaft und notfalls durch Einsatz der vollen Staatsgewalt überwunden werden.

Mit der Erinnerung daran, dass die Kommunisten die gleiche traurige Rolle beim preussischen Volksentscheid für die Landtagsauflösung im vorigen Jahr gespielt hatten, leitete Severing zu den Preussenwahlen am 24.April und ihrer politischen Bedeutung über: Nicht nur in Preussen, sondern auch in anderen grossen Ländern, wie in Bayern und Württemberg wird zu den Landtagen neu gewählt. Es wäre verhängnisvoll, die Bedeutung dieser Wahlen für die Gestaltung der äusseren und inneren Politik zu unterschätzen. Sie sind von gleicher Wichtigkeit wie die Reichspräsidentenwahl. Der Nationalsozialismus hat die Höhe seiner Entwicklung überschritten, bleibt aber immer noch eine gefährliche Macht. Was er auf dem Wege über die Reichspräsidentenwahl nicht erreichen wird, wird er in einer letzten Kraftanstrengung über die Landtagswahlen zu erringen versuchen. Die Beispiele nationalsozialistischer Mitregierung in Thüringen und Braunschweig zeigen, was das deutsche Volk dabei zu verlieren hat. Schon von dem Experiment in diesen beiden kleinen Ländern ist eine Welle der Beunruhigung und der grössten Schwierigkeiten über die deutsche Politik ausgegangen. Von grösstem Unheil für Staat und Wirtschaft in Deutschland wäre es, wenn sich die gleichen Kräfte der Macht in Preussen und damit der Herrschaft über Polizei und Schule bemächtigten. Bei der Bedeutung der preussischen Verwaltung für das Reich würden der Reichsregierung und ihrem Bestande aus einem Siege der Reaktion in Preussen die allerschwersten Gefahren erwachsen. Eines der Hauptverdienste, die die Preussische Regierung seit Schaffung der Republik für sich in Anspruch nehmen kann, ist das der unbedingten Reichstreue; sie hat stets die Gefahren für die Reichseinheit, die aus der unvollkommenen Reichsgliederung hervorgehen, durch eine zuverlässige Stützung der Reichspolitik überwunden. Ein Abweichen von diesem Kurs könnte zu einer schweren Erschütterung der Reichseinheit führen.

Minister Severing umriss sodann die Arbeit, die Preussen im einzelnen unter festem republikanischem Kurs in den letzten Jahren geleistet hat: Es bleibt Preussens historisches Verdienst, die Vorherrschaft einer bevorrechteten Kaste in allen staatlichen Machtpositionen gebrochen und dem demokratischen Gedanken freie Bahn geschaffen zu haben. Bezeichnend ist, dass in den beiden grossen Bewegungen, die das neue Preussen zertrümmern möchten, im Stahlhelm und im Nationalsozialismus Hohenzollernprinzen als die Repräsentanten der Kaste führend sind, die ihre alte Vorherrschaft mit neuen Methoden wieder aufrichten will. Im Rheinland, das unter der Vorherrschaft des östlichen Grossgrundbesitzes im alten Preussen am schwersten gelitten hat, werden sich alle Schichten der Bevölkerung in überwältigender Mehrheit zum Schutze des neuen Preussens und zur Sicherung derjenigen Errungenschaften zusammenschliessen, die es uns gebracht hat: Gleichberechtigung der Staatsbürger, Schutz der Schwachen, Toleranz gegen den anders Denkenden und eine Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht.

Man wird aber auch in den der Preussischen Regierung gegnerischen Kreisen damit rechnen müssen, so schloss der Minister, dass sie die ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel gegen Terror, Gewalt und illegale Pläne in vollem Umfange zur Anwendung bringen wird. Duldsamkeit hört da auf, wo sie durch Gewalt von anderer Seite missbraucht werden soll. Man hat die preussische Aktion gegen die illegalen Pläne der sogenannten Sturmabteilungen der NSDAP als Wahlmache, Sensationshascherei usw. abzutun versucht. Wer mich kennt, weiss, dass mir von allen Sensationen die politischen am widerlichsten sind. Auch von Wahlmache kann keine Rede sein. Wenn nicht die polizeilichen Feststellungen die Bewaffnung der SA an so vielen Stellen nachgewie-

sen hätten, wären die angestellten Recherchen und andere Massnahmen überflüssig gewesen. Das waren sie nun aber leider nicht. Alle Ableugnungsversuche der Hitlerleute werden die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass die Exerzitien der sogenanngen braunen Armee einen Grad erreicht haben, den zu überschreiten kein Staat gestatten darf, der sich nicht selbst preisgeben will.

SPD. Braunschweig, 17.März (Eig.Dr.)

Nazi-Minister Klagges hat gegen den Lehrer Huch an der katholischen Schule in Braunschweig ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, weil Huch in einer Schulstunde den Reichspräsidenten von Hindenburg gewürdigt hat.

SPD. Vor einer Sonderabteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte begann am Sonnabend der Betrugsprozess gegen den früheren Weissgardisten und Engroshochstapler Michael Uralzeff, der eigentlich Majewsky heisst, und den Dresdener Rechtsanwalt Dr. Türk. Die Anklage lautet auf schwere Urkundenfälschung und Betrug.

Die materielle Grundlage des Prozesses bildet der riesige Skandal der deutschnationalen Raiffeisenbank, in den prominente Herren der deutschnationalen Volkspartei, so der Landtagsabgeordnete Seelmann-Eggebert und der verstorbene deutschnationale Reichstagsvizepräsident Dietrich-Prenzlau aufs schwerste verwickelt sind. Es scheint, als ob der jetzige Prozess, der einen Korruptionsskandal von noch nie erlebtem Ausmass behandelt und der vortrefflich in den Kampf der Reaktion "gegen das System" passt, zu neuen Ueberraschungen führen wird, da Uralzeff bereits am ersten Verhandlungstag mit umfangreichen Enthüllungen gedroht hat. Uralzeff, der gegen früher ungemein gealtert ist, hat vor einiger Zeit bereits von einem Dresdner Gericht eine Gefängnisstrafe von drei Jahren erhalten; er wurde wegen schwerer Erkrankung für haftunfähig erklärt. Uralzeff spricht ungemein temperamentvoll und greift das Raiffeisen-Direktorium, auf das er alle Schuld schiebt, aufs heftigste an.

Uralzeff springt zu Beginn der Verhandlung auf und ruft dem Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Markgraf, in höchster Erregung zu: "Herr Vorsitzender, auf die Anklagebank gehören vor allen Dingen die Direktoren der Raiffeisenbank Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, dass ich die Bank ruiniert hätte. Im Gegenteil. Die Direktoren haben mich bewusst hintergangen und kaputt gemacht". Uralzeff gibt dann eine Schilderung seines bewegten Lebenslaufs und behauptet, von den Bolschewisten wegen seiner konspirativen Tätigkeit für die weissen Armeen dreimal zum Tode verurteilt worden zu sein. Bei seiner Tätigkeit für die Weissen habe er sein ganzes Vermögen verloren. Uralzeff kam von Reval nach Deutschland, wo er sich zuerst in Dresden mit etwa 1000 Mark Kapital niederliess. Von hier aus begann sein märchenhafter Schieberaufstieg. Vors.: "Sie sollen bei jedermann Kredite aufgenommen haben?" - "Es stimmt, dass ich zuerst von verschiedenen Seiten unterstützt wurde." - "Ein Mann namens Gedenk hat behauptet, dass Sie eine Null und eine Grösse nur mit gepumptem Geld wären." Geradezu grotesk ist die Art, wie Uralzeff mit Raiffeisen ins Geschäft kam. In einem Weinhaus lernte er den Prokuristen der Raiffeisenbank, Krause, kennen. Dieser führte ihn ein und machte ihn mit den Herren der Direktion bekannt. Von nun an wickelt sich das Uralzeff-Abenteuer wie ein Märchen ab. Der Russe kam, sah und siegte. Die deutschnationale Bank gab dem landfremden, völlig unbekannten russischen Kaufmann so viel Kredit, wie er nur haben wollte. In Mark, in Pfundnoten, in Dollars, in Schweizer Franken; ein Geldsegen strömte auf Uralzeff herab, der ihn inkurzer Zeit zum Besitzer einer Luxusvilla, mehrerer Autos, von Fabrik- und Inflationsgesellschaften aller Art werden liess. Uralzeff gab dafür Sicherheiten sehr ominöser Art, Kognac-

flaschen und Chemikalien, Pferdedecken und Sägen. Kein Mensch hatte die "Sicherheiten" je gesehen; aber wenn es auch toll klingt, es ist buchstäblich wahr: diese angeblichen Sicherheiten genügten für das verbrecherisch leichtsinnige Raiffeisen-Direktorium, um dem Hochstapler jede Geldsumme, die er verlangte, zu übergeben.

Aber die Herren waren nicht nur naiv, sie waren auch korrupt. Wenigstens behauptet Uralzeff, dass er dem Raiffeisenprokuristen Krause und dem Golddisponenten der Bank, Rechtsanwalt Dr. Lange, von den kreditierten Geldern häufig eine Provision in Höhe von 10 bis 15 Prozent abgeben musste. Ein treudeutscher Betrieb, der sich sehen lassen kann! Bei einer Schilderung seiner Geschäfte mit der Raiffeisenbank ruft Uralzeff dem Staatsanwalt zu: "Warum habe Sie mich gerade angeklagt? Ist Ihnen nicht bekannt, dass zahlreiche "hochangesehene Grosskaufleute", Grosskunden von Raiffeisen genau so gehandelt haben wie ich?! Warum hat mich denn die Raiffeisenbank nicht angezeigt? Bis zum heutigen Tag liegt von dieser Seite keine Anzeige gegen mich vor. Ein Beweis dafür, dass die Direktoren ein sehr schlechtes Gewissen haben." - Vors.: "Sie haben Ihre Schulden bei Raiffeisen stets mit den neuen Krediten bezahlt, die Sie von Raiffeisen erhalten haben. Da die Kredite immer gigantischer wurden, wuchsen die Schulden immer mehr." - Uralzeff: "Aber ich hatte doch Sicherheiten. (In grosser Erregung) Wenn die Raiffeisenbank nicht die Läger verschleudert hätte, würde sie keinen Pfennig an mir verloren haben. Die Kantine der Raiffeisenbank hat 1000 Kisten mit Cognac, die in Hamburg lagerten, die Flasche für 50 Pfennige gekauft! Und von den 120 Perserteppichen, die in meiner Villa waren, sind nur 21 zum Verkauf gekommen. Wo sind die anderen geblieben? Ich weiss, wo sie sind! Sie sind in den Wohnungen der Raiffeisendirektoren. Sie machen sich ja keinen Begriff, Herr Vorsitzender, was für eine widerliche Korruption auf der Raiffeisenbank herrschte. Der Futterneid der einzelnen Direktoren ist gar nicht zu beschreiben. Die erste Garnitur der Raiffeisenbank war genau so übel wie die zweite. Jeder dieser deutschnationalen Herren wollte Geld machen".

Dann kommt die mysteriöse Geschichte eines Juwelenkästchens zur Sprache, das als Sicherheitsleistung Uralzeffs bei Raiffeisen deponiert worden war. Dieses Kästchen enthielt Juwelen, Edelsteine und angeblich auch ein Stück aus dem früheren zaristischen Kronjuwelenschatz. Aus diesem Kästchen, zu dem, wie Uralzeff mitteilt, nur zwei Raiffeisendirektoren die Schlüssel hatten, sind die meisten Juwelen verschwunden. Die Staatsanwaltschaft musste in dieser mysteriösen Diebstahlsaffäre das Verfahren als ungeklärt einstellen. Als konkreten Fall für die angebliche Unreellität des Raiffeisendirektoriums ihm selbst gegenüber, führt Uralzeff das Geschäft mit dem Königsberger Dampfwolle-Aktienpaket an. Es handelt sich um ein Spekulationsgeschäft der Raiffeisenbank, bei dem man sich, wie Uralzeff angibt, um viele Millionen verspekuliert hatte. Diesen Schund, den keiner kaufen wollte, habe man unter Vorspiegelung, "dass es ein glänzendes Geschäft sei", an ihn abgestossen.

Den Inhalt der jetzigen Anklage bildet das sogenannte "Russengeschäft", bei dem Uralzeff Raiffeisen in geradezu phantastischer Weise an der Nase herumgeführt hat. Das Ganze hört sich an wie eine übermütige Filmkomödie. Angeblich hatte Uralzeff ein in die Millionen gehendes illegales Russengeschäft getätigt und auf dem Dampfer "Iris" 600 Tonnen Farbstoff und 300 Tonnen Chemikalien nach Leningrad verfrachten lassen. Diese Ware soll mit 5 Millionen versichert gewesen sein. Die Ladung ist niemals abgegangen, die Urkunden, die Uralzeff vorwies, waren gefälscht. Das ganze Geschäft, mit dessen Erträgnisse Uralzeff seine vielen Millionen-Kredite auf einen Schlag ausgleichen wollte, war höchstwahrscheinlich fingiert. Fast täglich liefen Telegramme ein, auf denen ein sagenhafter Mann namens Stromberg, den Uralzeff als seinen Jugendfreund bezeichnet und den keiner bisher zu Gesicht bekommen hat, mitteilt, dass "in den nächsten Tagen 1½ Millionen zuerwarten seien". Raiffeisen schickte mehrere Leute nach Paris und Nizza, um das avisierte Geld in Empfang zu

nehmen; von dem grossen Unbekannten Stromberg war nichts zu sehen. Um die Groteske auf den Gipfelpunkt zu treiben: Raiffeisen gab Uralzeff 47 000 Mark, um Stromberg in Paris oder Nizza aufzusuchen und das Geld aus dem Russengeschäft heraus zu bekommen. Uralzeff fuhr auch ab, fand aber weder Stromberg, noch das Geld. Im übrigen behauptet Uralzeff, dass die Raiffeisendirektoren von der Illegalität dieses Geschäfts gewusst hätten. Es wären ihm 9 000 Dollar Bestechungsgelder für dies "Geschäft" ausgehändigt worden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde auch Uralzeffs Mitangeklagter, Rechtsanwalt Dr. Türk, kurz vernommen.

SPD. Köln, 19.März (Eig.Drahtb.)

Am Montag hat die Reichspost den Kölner Sender stillgelegt. Die rheinischen Rundfunkempfänger sind nun auf Langenberg angewiesen. Dieser Sender ist zwar erheblich verstärkt worden, aber alle Detektor-Empfänger undddie Besitzer von Ein- oder Zweiröhrenanlagen beklagen sich darüber, dass sie seit dieser Zeit keinen Empfang mehr haben. Auch die Besitzer von Dreiröhrengeräten klagen über schlechten Empfang.

Es heisst, dass die Rundfunkempfänger im Rheinland aus Protest gegen die Massnahmen der Reichspost in den Streik treten wollen.

SPD. In Kreiensen unterhalten die Nationalsozialisten seit langer Zeit eine SA-Kaserne, die sich trotz der von ihr geförderten illegalen Pläne der besonderen Unterstützung des Nazi-Ministers Klagges erfreut. Der "Volkswille" in Hannover teilt über Zweck und Ziel dieser Schule in seiner Sonnabend Ausgabe näheres mit. Wir entnehmen dieser Betrachtung folgendes:

"Das Hauptgewicht liegt in der militärischen Ausbildung. Dabei verdient besondere Beachtung der "Infanteriedienst" (Exerzierdienst mit und ohne Waffe) Die Waffenausbildung erfolgt sowohl am Infanteriegewehr als auch an Maschinengewehren und mit Handgranaten. Die Schule ist natürlich nach aussen hin streng abgeriegelt. Posten stehen auf dem Vorhofe, angetan mit den langen, dunkelgrünen Mänteln mit blanken Metallknöpfen, wie sie auch die braunschweigische Gendarmerie hat. Ungeachtet der Verbote des Herrn Reichsinnenministers laufen die SA-Leute in vollster Uniform nicht nur in der Schule und auf dem Fabrikhofe umher, sondern sind in diesem Aufzuge auch in Kreiensen und in der Umgend zu beobachten. Auch um das Demonstrationsverbot kümmert man sich nicht im geringsten in Kreiensen. Herr Klagges verbietet zwar die Aufmärsche des Reichsbanner und der Sozialdemokratie im Lande Braunschweig. Dessen ungeachtet aber können die SA-Formationen in Kreiensen dauernd demonstrieren und in geschlossenen Formationen marschieren, ohne dass sich jemand darum kümmert. Für die Nazis in Kreiensen im Reiche Klaggestan gibt es eben keine Notverordnungen.

Die besondere Gefahr für die Provinz Hannover und die benachbarten preussischen Landkreise ist darin zu erblicken, dass die Nazis mit den in Kreiensen vorhandenen SA-Truppen jederzeit in der Lage sind, das Leinetal abzuriegeln und die wichtigen Eisenbahnlinien in ihre Hand zu bekommen. Das ist der strategische Gesichtspunkt, der für die SA. beim Erwerb dieser Fabrikkasernen besonders ausschlaggebend war. Die Gefahr ist um so grösser, als sich in der Nähe der Fabrik erhebliche Waffenmengen befinden, die aus der Konkursmasse Burgmüller in Kreiensen noch lagern. Ausserdem ist ein Teil der Waffenfabrik noch in Betrieb. Es sind dort ständig grössere Mengen an Waffen, die zwecks Reparatur geschickt und in der Fabrik wieder hergestellt werden, nur durch eine Tür von den Unterkünften der Naziführer und des Lehrpersonals getrennt. Die Nazis sind also jederzeit leicht in der Lage, ihre dort befindlichen SA-Mannschaften mit Waffen, mindestens mit Handfeuerwaffen, auszurüsten.

Aber auch andere Bürgerkriegsrequisiten sind in reichlichem Masse in Kreiensen vorhanden. So hat man in den Turm der Fabrik Scheinwerfer eingebaut, durch die am Freitag und Sonnabend vor der Reichspräsidentenwahl die ganze Gegend abgeleuchtet wurde. Daneben verfügen die Nazis auch noch über einen besonderen Scheinwerferwagen und einen Ueberfallwagen. Auch Leuchtraketen und ähnliches Material ist in reichlichem Masse vorhanden. Die ganze Gegend ist an den Tagen vor der Wahl durch das dauernde Abschiessen von Leuchtraketen in grösste Unruhe versetzt worden. Diese wurde noch dadurch gesteigert, dass die SA.- und SA-Leute aus den Ortschaften um Kreiensen herum Befehl erhalten hatten, sich jeden Abend um 18 Uhr in den Kasernen einzufinden. Am nächsten Morgen wurden sie wieder heimgeschickt.

Die aus dem ganzen Reich zusammengezogenen Landsknechtshorden üben in der Gegend einen wüsten Terror aus. Mittels dieses Terrors erreicht man es, dass z.B. die gesamte Verpflegung für die beiden SA-Kasernen von den Bauern der Umgebung "freiwillig und kostenlos geliefert wird". Diese freiwilligen Spenden gehen so vor sich, dass die Nazis mit Wagen zu den einzelnen Bauern fahren und diese auf die "Schwierigkeiten" hinweisen, "die es ihnen bereite, diese überschäumende Jugend von übermütigen Streichen, z.B. Flurschäden aller Art, abzuhalten, die sich gegen unbeliebte und zurückhaltende Landbesitzer richten könnten". Nach solcher "Aufklärung" sind die Bauern natürlich gern bereit, den Nazis "freiwillig" Schweine, Schafe, Kartoffeln, Mehl und andere Lebensmittel in reichlichem Masse zu liefern. Die Republikaner können ein Liedchen singen von dem Terror der SA-Horden!

Fast in jeder Nacht werden Eisenbahner, die zum Dienst gehen, von Nazis angerempelt. Kein Kreienser Einwohner wagt, in die Wirtschaften zu gehen und dort eine Silbe zu äussern, weil dann sofort der Terror einsetzt. Wir können unmöglich alle Fälle und Uebergriffe aufzählen, die sich seit dem Bestehen der SA-Schule und der SS-Kasernen in Kreiensen ereignet haben. Angefangen von den zahlreichen Ueberfällen auf Einzelpersonen bis zu dem Fall, wo einem Dienstmädchen einer Gastwirtschaft die Röcke über dem Kopf zusammengebunden wurden und allerlei tolle Dinge vorgenommen wurden. Den Höhepunkt erreichte der Terror in der Freitagnacht vor der Wahl, als die entmenschten SA-Leute einen Ueberfall auf den Konsumverein machten. Der 65jährige Lagerhalter sass mit seinem Sohn und einem Bekannten ahnungslos beim Skatspiel, als plötzlich gegen 11 3/4 Uhr nachts vor seinem Hause ein grosser Krach war. Er öffente das Fenster und wollte sehen, was los war. Da klirrten auch schon die Fensterscheiben in Stück. Der Lagerhalter ging hinaus und wurde von der Horde mit Stahlruten dermassen bearbeitet, dass er schwere Kopfverletzungen davontrug. Als der Sohn seinen Vater von diesen entmenschten SA-Leuten befreien wollte, wurde auch er mit Stahlruten bearbeitet. Beide mussten sich in ärztliche Behandlung begeben. Fünf der verrohten SA-Leute wurden als Täter in der Kaserne festgestellt.

Diese neueste Schandtat rief in der ganzen Gemeinde eine so grosse Empörung hervor, dass der Gemeindevorstand sich gezwungen sah, für den Sonnabend nachmittag eine Gemeindeversammlung einzuberufen, an der auch der Kreisdirektor Dr. Pinci (Gandersheim) teilnahm. In dieser Sitzung kam die allgemeine Empörung der Einwohnerschaft sehr stark zum Ausdruck. Auch Einwohner, die nicht zur Linken, sondern zum Stahlhelm gehören, baten den Kreisdirektor dringend um verstärkten Schutz gegen den Terror, der von seiten der Nazikasernen in Kreiensen und in den umliegenden Ortschaften ausgeübt wird. Aber der Kreisdirektor erklärte sich dazu ausser Stande. Die braunschweigische Polizei sei zu schwach, und er empfehle der Bevölkerung die Einrichtung einer Einwohnerwehr.

SPD. Paris, 19.März (Eig.Drahtb.)

Die Zahl der in Frankreich behördlicherseits unterstützten Arbeitslosen beträgt nach der am 12.März abgeschlossenen Statistik 304 047 (244 871 Männer und 59 176 Frauen). Gegenüber der Vorwoche ist eine Zunahme von 5 264 Arbeitslosen festzustellen. Ausserdem haben 11 823 Arbeitslose, die kein Anrecht mehr auf die Unterstützung haben, die sogenannte Krisenunterstützung erhalten und schliesslich sind 5 824 Kurzarbeiter unterstützt worden.

Der Präfekt des Seine-Departements (Paris und Umgebung), der zugleich Oberbürgermeister von Paris ist, hat der Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag über die Aufnahme einer 40 Millionen-Anleihe unterbreitet, deren Ertrag zur Erteilung von Aufträgen an das schwer unter der Arbeitslosigkeit leidende Pariser Kunstgewerbe verwandt werden soll. Es ist daran gedacht, Kunstgegenstände für die Stadt anzukaufen und einen Teil des Mobiliars der städtischen Gebäude zu erneuern.

SPD. In einer Sitzung des Reichsausschusses des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, die dieser Tage in Berlin stattfand, berichtete Erich Ollenhauer über den Stand der Organisation. Die Aktivierung der Arbeiterbewegung durch die Eiserne Front hat auch die Jugend erfasst. Die Versammlungen und Kundgebungen der Jugend waren seit den Tagen der Novemberrevolution nie so gut besucht und nie von solchem Kampfgeist beseelt wie jetzt. Der ersten Niederlage der Nationalsozialisten am 13.März müssen beim zweiten Wahlgang und bei den kommenden Landtagswahlen noch schwerere Niederlagen folgen. Die Sozialistische Arbeiterjugend wird alles tun, um diese schärfsten Feinde der Arbeiterbewegung schlagen zu helfen. Sie weiss, dass das, was jetzt in den politischen Kämpfen entschieden wird, entscheidend ist für die Zukunft der Jugend.

Trotzdem die Mitglieder der SAJ bis zu einem Viertel arbeitslos sind, ist die Organisation intakt geblieben. Ein geringer Mitgliederrückgang hat seine Ursache in der allgemeinen Not und in dem Verbrechen der Spaltung im vorigen Herbst. Durch eine intensive Werbearbeit und durch den Ausbau der Arbeit in den Gruppen, wird dieser Verlust recht schnell aufgeholt sein. Die letzten Wahlen haben bewiesen, dass vor allem die kommunistische Jugend sozialdemokratischen Argumenten wieder zugänglicher ist. Auch bei den Nationalsozialisten wird der Widerspruch zwischen den Lautsprechern à la Goebbels und dem wirklichen Können der Nazis gerade unter der Jugend manche Zweifel an dem hitlerischen "Sozialismus" entstehen lassen. Hier bestehen wachsende Aussichten, die durch die Not aufgewühlte Jugend für den marxistischen Sozialismus zu gewinnen.

Der Not der arbeitslosen Jugend ist durch die Sozialistische Arbeiterjugend nach besten Kräften abgeholfen worden. Alle Bestrebungen und Einrichtungen der öffentlichen Körperschaften und der Arbeiterorganisationen, die die Not der Jugend lindern sollen, finden die weitgehende Unterstützung der SAJ. Durch eigene Veranstaltungen ist den arbeitslosen Jungen und Mädchen bewiesen worden, dass die Gemeinschaft der SAJ ihre notleidenden Mitglieder nicht im Stich lässt. Den arbeitslosen Jugendlichen wurde ein ideeller Halt geboten, der sie vor dem Verzweifeln oder vor dem Abgleiten in einen fruchtlosen Radikalismus schützt. So erfreulich und vielgestaltig alle diese Hilfsmassnahmen sind, die beste Hilfe für die Jugend ist Arbeitsbeschaffung. In einer einstimmig gefassten Entschliessung stellt sich die Sozialistische Arbeiterjugend hinter die Arbeitsbeschaffungsvorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der freien Gewerkschaften. Die Sozialistische Arbeiterjugend fordert insbesondere die Verkürzung der täglichen, wöchentlichen und der Lebensarbeitszeit.

Solange der erwerbslosen Jugend keine Arbeit gegeben werden kann, muss ihr geholfen werden durch ausreichende Unterstützung und durch jugendpflegerische Massnahmen. Die Sozialistische Arbeiterjugend fordert deshalb, dass die Einrichtungen und Veranstaltungen der Arbeitsämter, Gemeinden und Organisationen für erwerbslose Jugendliche erhalten bleiben müssen. Durch Zusammenarbeit aller beteiligten Körperschaften und durch weitgehende Heranziehung der Jugendverbände muss diese notwendige Hilfsarbeit ausgeweitet und vertieft werden.

Beschlossen wurde die Verschiebung der Reichskonferenz, die in diesem Jahre stattfinden müsste, auf das Frühjahr 1933. Zum freiwilligen Arbeitsdienst wurde ein Beschluss gegen drei Stimmen gefasst, durch den den Mitgliedern der SAJ die Teilnahme an Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes freigestellt wird, soweit sozialistische Organisationen oder öffentliche Körperschaften Träger der Arbeit oder des Dienstes sind. In den Fällen, in denen die Organisationen der Sozialistischen Arbeiterjugend selbst arbeitslose Jugendliche im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigen, sei es als Träger der Arbeit oder des Dienstes, muss vor der Antragstellung die Zustimmung der Gewerkschaften eingeholt werden und gesichert sein, dass eine Beeinträchtigung des freien Arbeitsmarktes nicht eintritt. Die Beschäftigung von Jugendlichen bei eigenen Massnahmen im Arbeitsdienst muss unter verantwortungsbewusster sozialistischer pädagogischer Führung erfolgen. Die Sozialistische Arbeiterjugend betrachtet den freiwilligen Arbeitsdienst lediglich als eine vorübergehende Notmassnahme und sie wird ihre Stellungnahme in dem Augenblick erneut überprüfen, in dem die gesetzlichen Grundlagen des Dienstes sich ändern oder die Praxis erkennen lässt, dass der freiwillige Arbeitsdienst den Absichten der sozialen und politischen Reaktion Vorschub leistet.

Mit einem Appell zur stärksten Bereitschaft und Arbeit im Kampf für die Jugend und um die Jugend wurde die arbeitsreiche Tagung geschlossen.

SPD. Dessau, 19.März (Eig.Drahtb.)

In der Sonnabend-Sitzung des anhaltischen Landtags haben die Rechtsparteien und die Kommunisten gegen sechs Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten den Haushaltsplan abgelehnt. Auf Grund der anhaltischen Gesetze läuft der alte Haushaltsplan automatisch weiter.

Die Ablehnung des Etats, inbesondere durch die Kommuniste, ist umso verrückter, als der Haushaltsplan Millionen von Mitteln für Gehälter, Löhne und Unterstützungen enthält. Die Regierung hatte in dem neuen Haushaltsplan nicht weniger als 850 000 Mark für verstärkten Wohnungsbau und Arbeitsbeschaffung für die Wohlfahrtserwerbslosen eingesetzt. Das hat die Kommunisten nicht gehindert, in einer Einheitsfront von Harzburg bis Moskau den Etat abzulehnen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Goethe=Tage.

Würdige Feiern und Ausstellungen in Berlin.

SPD. Am Eingang der Preussischen Akademie der Künste am Brandenburger Tor wehen zwei Flaggen: auf blauem Grund zeigen sie einen sechszackigen silbernen Stern. Aber weder Amanullah noch sonst ein exotischer Gast ist hier abgestiegen. Hier weht kein fürstliches, kein staatliches, kein kriegerisches Symbol, sondern - ein rein geistiges: die blaue Fahne mit dem Silberstern ist Goethes Flagge! Sie zeigt das Wappen,das Goethe im Jahre 1782 bei seiner Erhebung in den Adelsstand verliehen wurde. Die Ernennung zum Ehrenmitglied der Preussischen Akademie der Künste,die die Goethe=Flagge jetzt neben der schwarzrotgoldenen und preussischen festfroh zeigt, erfolgte sieben Jahre später.

+

Nun ehrt die Preussische Akademie der Künste in diesen Tagen des Gedenkens ihr Ehrenmitglied und damit der Staat sich selbst durch eine wunderschöne Ausstellung "Goethe und seine Welt". Das in reicher,aber nicht ermüdender Fülle gebotene Material entstammt den Beständen der wertvollen Sammlung des Leipziger Insel=Verlegers Professor Kippenberg,der in Jahrzehnten mühevoller Sucherarbeit zahllose Wort= und Bilddokumente zusammentrug,die das Leben des Genies anregend schildern.Der ganze Aufbau der 12 Säle füllenden Ausstellung von Erstausgaben,Briefen,Gegenständen,Zeichnungen,Gemälden ist aber so,dass man nicht nur auf unterhaltsame Weise mancherlei lernt,sondern gleichzeitig Lust verspürt zu neuer Beschäftigung mit diesem fast spannendem Leben und diesem gewaltigen,vielfältigen Werk.

+

Zu Beginn der von zahlreichen Repräsentanten des öffentlichen Lebens besuchten Eröffnungsfeier der Kippenberg-Ausstellung sprach angenehm phrasenlos der Maler Max Liebermann von den Beziehungen Goethes zu Berlin und von seinem Verhältnis zur bildenden Kunst. Der unbestritten grösste deutsche Dichter sei zwar Zeit seines Lebens ein leidenschaftlicher Zeichner,aber hierin doch nur "ein mässiger Dillettant" gewesen,weil er eben kein "geborener" bildender Künsler gewesen,sondern in den Fehler verfallen sei, "das Malerische zu verwirklichen". Nach Liebermann sprach Professor Kippenberg über Goethes Bedeutung im Rahmen der Menschheitsentwicklung: der Dichter habe bewiesen,dass man im Heimatboden wurzeln und doch in einem übernationalen Sinne wirken könne;er sei nicht müde geworden,die Vorherrschaft des Geistes über die äusseren Hoheitszeichen hinweg zu verkünden. Abschliessend führte der preussische Kultusminister Grimme in Worten des Dankes aus,dass man in der Sammlung Kippenberg wirklich dem lebenden,allgegenwärtigen Goethe begegne.Die Sammlung Kippenberg sei ein Ausdruck der Liebe der deutschen Nation zu Goethe,von dessen Faust die Menschheit noch zutiefst bewegt sein werde,wenn der Weltkrieg längst nur blossen Historie geworden sei.

+

Auch Thomas Mann hielt in der Preussischen Akademie der Künste eine grössere,glänzend formulierte Rede über den Gefeierten,den er als Repräsentanten der bürgerliches Zeitalters,als "künstlerischen Bürger" und "bürgerlichen Künsler" erstehen liess. Trotz der geschichtlichen Ueberwindung des Bürgertums sei Goethe eine gegenwärtige Gestalt,die in ihrer geistigen Vollendung auch in die Zukunft rage. Es sei kein ästhetischer Zufall,wenn am Ende von Goethes Lebens=

werk der zweite Teil des "Faust" stehe: jene technisch=rationalistische Uto= pie,die die individuelle Bürgerlichkeit zu einer sozialen Weltgemeinschaft weite und in eine Zeit weise,die befreit sein wird "voneinem das Ehrgefühlder Vernunft verletztenden Leben". So hohe Goethe=Erkenntnis müsse auch dem Bür= gertum helfen,sich selbst zu überwinden.

+

Noch zahlreich sind die Gelegenheiten,in denen in geschmackvoller,allen Rummel möglichst vermeidender Weise versucht wird,Goethes Welt der heutigen nahezubringen und für das Geistige,das sie repräsentiert,zu werben - in einer Zeit,in der durch eine grosse banausische Gruppe das Hakenkreuz und dadurch die Barbarei zum Lebenprinzip zu erheben erstrebt wird,gewiss ein wichtiges und lobenwertes Bemühen.Der Kunsthändler Cassirer,das Kupferstichkabinett,das Staatliche Schauspielhaus, selbst Berliner Warenhäuser veranstalten kleinere, aber auch in der Beschränkung geglückte Ausstellungen.Das Staatliche Schiller= theater brachte die "M[illegible] schuldigen" und die "Geschwister", Leyhausens Univer= sitäts=Sprechchor in der Kroll=Oper "Prometheus" und "Pandora" heraus; im Deutschen Künstler=Theater Barnowskys wird für Ostern der "Faust" einstudiert. Auch der Film bemächtigte sich in drei verschiedenen Fassungen des dankbaren und auch in seinem Sinne "aktuellen" Themas,indem er in erster Linie histori= sche Goethestätten und goethische Bühnenszenen zeigt. Der eine der Filme ist sozusagen offiziell; er wurde unter der Aufsicht des Reichskunstwarts Dr. Redslob gedreht. Goethe selbst tritt nicht auf,nur,ein einziges Mal,sein Schatten. Also selbst das Kino zeigt Respekt.

+ + +

Eine "Millionenerbschaft". Das von dem amerikanischen Filmstar Rudolf Valentino hinterlassene Millionenvermögen,das seinen Geschwistern und ande. Verwandtenerben zufallen soll, ist von den Behörden bisher noch nicht frei= gegeben worden,jedoch inzwischen auf 100 000 Dollar zusammengescholzen: die Erbschaft besteht zum grössten Teil aus hinterlassenen Industriepapieren..

+ + +

Dynamitexplosion. Bei der Konstruktion eines Tunnels für eine elektri= sche Zentrale in der Pyrenäen=Republik Andorra explodierten zwei Kisten Dy= namit; 6 Arbeiter wurden getötet, 20 zum Teil schwer verletzt.

+ + +

Gesühnter Muttermord. Das Schwurgericht Dresden verurteilte am Sonnabend die 29 Jahre alte Arbeiterin Margarete Schramm aus Freithal,die Mitte Dezem= ber ihre 70jährige Mutter im Affekt mit einem Beil erschlug, wegen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Der grausigen Tat war ein Str. mit der Mutter vorausgegangen,von der sich die Angeklagte angeblich seit Jahren gehasst fühlte.

+ + +

Steuersteckbrief. Gegen den früheren Generaldirektor Paul Liebmann aus Ettlingen wurde ein Steuersteckbrief erlassen. Liebmann schuldet dem Reich eine Reichsfluchtsteuer in Höhe von 46 100 Mark.

+ + +

Strecker=Revision. Am 11.April findet vor dem Reichsgericht der Revi= sionsprozess Karl Strecker statt.Der Schriftsteller Karl Strecker war vom Schwurgericht Potsdam wegen Brandstiftung in Tateinheit mit beabsichtigtem Versicherungsbetrug zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden.

+ + +

Gnade für Frenzel? Für den früheren Bornimer Amtsvorsteher Frenzel wurd vom Frenzel=Verteidigungskomitee beim preussischen Justizminister ein Gnaden= gesuch eingereicht. Das Urteil (1,6 Jahre Zuchthaus) wird vorläufig nicht vollstreckt.

Wirtschaft Technik Handel

Die Generaldiktatur.

Lehren des Schultheissprozesses.

SPD. Die Hauptfigur in dem am Sonnabend zu Ende gegangenen Riesenprozess, der die Schultheissaffäre klären sollte, ist Ludwig Katzenellenbogen. Das Gericht hat ihn wegen Bilanzverschleierung verurteilt. Eingestellt hat das Gericht das Verfahren wegen Prospektbetruges, da hier Verjährung vorliegt, und auch von der Anklage der Untreue wurde Katzenellenbogen freigesprochen. Das Gericht hat also das Geheimnis nicht geklärt, bezw. nicht klären können, ob Katzenellenbogen das Aktienaufkaufsgeschäft, wenn es gut gegangen wäre, für die eigene Tasche gemacht hätte. Die vor Gericht Befragten haben, zum Teil unter Eid, erklärt, dass sie Katzenellenbogen eine solche Handlungsweise nicht zumuten. Und so wird diese merkwürdige Aktion ewig ein Geheimnis bleiben.

Mit den Angeklagten haben in Wirklichkeit der Generaldirektor der Nachkriegszeit, die Misere der Kontrolle der grossen Aktiengesellschaften, das System der Aufsichtsräte vor Gericht gestanden. Einmal der Generaldiktator. Das war Ludwig Katzenellenbogen. Erwar der Mann, nach dessen Pfeife alles tanzte; selbst die Grossbanken, als Ludwig Katzenellenbogen noch ein Faktor war, an dem man verdienen konnte. Katzenellenbogen spielte einen gegen den anderen aus. Entscheidende Dinge, die, wenn es fehlgegangen wäre, den Untergang eines der rentabelsten deutschen Industriekonzerne bedeutet hätten, wurden im Handumdrehen erledigt. Wir erinnern nur an die Gründung eines jener Konsortien, über die sich die verschiedenen Aktienkäufe vollzogen. Die Gründung war auf der Tagesordnung als "Unerwartetes" firmiert und einem der massgebenden Aufsichtsratsmitglieder, Herrn von Stauss von der Deutschen Bank, bekannt durch seine Frühstücke mit Hitler, wurde mitgeteilt, dass Dinge ohne Belang behandelt würden. Das hat Herr von Stauss auch geglaubt, bis ihm anderweitig die Augen aufgingen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Revisionskomitees stellten in den Bilanzen Dinge fest, die nicht mit den gesetzlichen Vorschriften zu vereinbaren waren. Sie wagten aber nicht, gegen den Generaldiktator zu opponieren. Sie beschränkten sich darauf, sehr sanft durch die "Blume zu sprechen" und sagten in Wirklichkeit nichts. Man liess die Dinge laufen. Es hatten sich unter der Diktatur des Generaldirektors Zustände entwickelt, von denen von Stauss sagte, "dass er keinen Tag länger in einer solchen Verwaltung geblieben wäre, die solche Dinge machte, ohne die Generalversammlung damit zu befassen". Der Angeklagte Penzlin erklärte, im Konzern wäre alles durcheinander gegangen, und das Gericht, Angeklagte und Verteidiger schmunzelten bei diesem Geständnis. Von den Transaktionen, bei denen es um Dutzende von Millionen ging, sind nach dem Gerichtsurteil die neben Ludwig Katzenellenbogen beteiligten Generaldirektoren nicht oder bezw. nur ungenügend informiert worden. Jakob Goldschmidt sagte als Zeuge aus - er blieb allerdings unvereidigt -, dass man den Beteiligten die Dinge bei einem Abendessen, so zwischen Fisch und Braten, mitgeteilt habe. Wie es geschehen ist, ist für die grundsätzliche Beurteilung der Dinge völlig nebensächlich. Das ganze Milieu zeigt aber, wohin das System der Diktatur der Generaldirektoren führt.

Dann der Aufsichtsrat. An der Spitze des Aufsichtsrats bei Schultheiss stand ein 79jähriger Greis, der Konsul Landau. Er war nicht ein Tropf, wie jener

Hoff von der Favag, der vor Gericht bekannte, dass man ihn nur geduldet habe, und dass er hätte akzeptieren müssen, was der Generaldiktator ihm vorschrieb. Aber Landau, in Geschäften gross geworden, hat die Aufsicht ungenügend geführt, hat zur Gefährdung des Unternehmens beigetragen. Eine Sache, die sich in den Wirtschaftsprozessen immer wieder zeigt. Mag sein, dass die Fähigkeiten der Aufsichtspersonen nicht ausreichten, mag sein, dass die Aufsichtspersonen mit Aemtern zu überladen waren - Jakob Goldschmidt allein hatte über 90 Aufsichtsratsmandate -; im Grunde genommen hat aber das ganze System versagt. Die ganze Kontrolle ist ungenügend. Sie muss durch eine wirkliche Kontrolle, wie sie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften fordern, ersetzt werden. Nur eine wirkliche Kontrolle kann dem Unternehmen Sicherheit und den Geldgebern Vertrauen geben.

Die Lehre aus dem Schultheissprozess geht in erster Linie dahin, eine wirkliche Kontrolle der grossen Aktiengesellschaften zu schaffen.

SPD. Ueber die Sanierung der Hapag Lloyd-Union wird mitgeteilt, dass das Reich eine Garantie für 77 Millionen Mark übernimmt. Davon werden 7 Millionen Mark den Trampreedereien zur Verfügung gestellt. Im übrigen wird das Kapital bei der Hapag und dem Lloyd im Verhältnis von 10 : 3 zusammengelegt, sodass beide auf je 48 Millionen Mark kommen. Die so entstandenen Buchgewinne und die Reserven (bei Hapag 185 Millionen Mark und beim Lloyd 180 Millionen Mark) werden zur Abschreibung der Anlagewerte und zur Verlustdeckung benutzt.

Voraussetzung für diese Aktion und für die erwähnte Reichsgarantie ist, dass die alten Kreditgeber ihre Darlehen stehen lassen. Soweit die deutschen Banken in Frage kommen, handelt es sich um einen Kollektivkredit in Höhe von 140 Millionen Mark, der bereits Ende März fällig war; er läuft aber zunächst bis Ende Februar 1933 zu einem ermässigten Satz in Höhe des Reichsbankdiskonts weiter. Doe ausländischen Kredite, die unter das Stillhalteabkommen fallen, machen 67 Millionen Mark aus. Ersparnissmassnahmen, wobei besonders wohl an Zusammenlegung der Agenturen, der Linien usw. zu denken ist, sollen im laufenden Jahr 45 Millionen Mark erbringen. Ein neues Bankenkonsortium, über dessen Zusammensetzung nichts gesagt wird, hat den weiteren Kreditbedarf in Höhe von 46,4 Millionen Mark zu befriedigen. Dieser neue Kredit soll besondere Sicherheiten (Verpfändung von Schiffswerten, Uebereignung von Wertpapieren usw.) erhalten. Bei der ganzen Aktion sind die amerikanischen Freigabegelder in Höhe von 144 Millionen Mark - Gelder für die während des Krieges in Amerika beschlagnahmten Schiffe, Anlagen, Patente usw. - und die aufgelaufenen Zinsen in Höhe von 3,4 Millionen Mark nicht berücksichtigt.

Haupthelfer bei der ganzen Aktion ist das Reich. Ohne das Reich wäre die ganze Aktion überhaupt nicht durchzuführen. So sehen die "Eingriffe des Reiches in die Wirtschaft" aus, über die sich noch Ende der Woche der Reichsverband der Deutschen Industrie beschwert hat. Nach den Darstellungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie haben die Eingriffe des Reiches die Industrien vernichtet. So macht man aus weiss schwarz. Wie es halt passt.

Welche Sicherheit hat nun das Reich für die von ihm gegebenen Millionen? In der amtlichen Darstellung wird mitgeteilt, dass die Hapag Lloyd-Union das Versprechen gegeben habe, in Zukunft vernünftiger zu wirtschaften; man will in Hamburg und Bremen in Zukunft grösste Vorsicht walten lassen! Von Versprechungen hat man nichts. Was hat sich nun das Reich ausbedungen, um dafür zu sorgen, dass dieses Versprechen auch durchgeführt wird? Es entsendet einen Vertrauensmann in den Aufsichtsrat. Der Mann wird also im Aufsichtsrat der Hapag Lloyd sitzen. Ob er aber in der Lage ist, die Interessen des Reiches zu wahren, ist eine andere Sache. Das Reich verfährt mit der Grossindustrie in einer Weise, die mehr als gelinde und sonst im kapitalistischen Leben nicht

üblich ist. Der Aufsichtsrat bei Hapag Lloyd selbst wird auf 30 Mitglieder verringert. Acht Mitglieder des Aufsichtsrates können nur mit Zustimmung des Reiches ernannt werden, wodurch aber an dem,was wir über die mangelnde Kon= trolle gesagt haben, nichts geändert wird.

SPD. Wir haben eine Hochflut von Wirtschaftsprozessen. An dem Tag,an dem das Urteil im Schultheissprozess gefällt wurde, begann der Uralzeffpro= zess,der eine beispiellose Korruptionsaffäre der Rechtsradikalen enthüllt. Stark politischen Einschlag hat auch der sogenannte Cordsprozess,der am Sonnabend nachmittag vor dem Schöffengericht Berlin=Mitte seinen Anfang nahm.

Es handelt sich um das alte Seidenhaus Gustav Cords, ein Unternehmen,das mit Millionenumsätzen arbeitete und bis vor einigen Jahren gut florierte. Angeklagt ist der alleinige Inhaber, Günther Schmidt=Lorenzen. Der Mann ist eine besondere Marke. Er war in den Berliner Lebelokalen eine bekannte Er= scheinung, liebte es,den früheren Offizier herauszustechen,und hat für den Stahlhelm und die Nazis sehr tief in die Tasche gegriffen.

Jetzt wirft ihm die Anklage vor, dass erdem Geschäft zu seinem Vorteil grosse Summen entnommen habe,was zur Eröffnung des Konkursverfahrens im Sep= tember 1931 führte. Die Anklageschrift gibt an,dass Schmidt=Lorenzen der Kasse des von ihm verwalteten Unternehmens

1926 ..... 687 ooo Mark
1927 ..... 256 ooo Mark
1928 ..... 225 ooo Mark
und 1929 ..... 179 ooo Mark

entnommen habe. Die starke Inanspruchnahme für den persönlichen Bedarf hat das Geschäft schwer betroffen. Die Entnahmen seien nach der Anklageschrift zu hoch gewesen. Darauf baut sich die Anklage wegen Konkursvergehens auf.

Schmidt=Lorenzen war ein wütender Feind der Gewerkschaften. Seinen Ange= stellten machte er,wenn sie ein paar Pfennige mehr Lohn haben wollten,viel Scherereien, drohte mit Entlassung,entliess auch usw. In letzter Zeit konnte den Arbeitern und Angestellten der Lohn nur in Raten bezahlt werden. Schmidt= Lorenzen aber verbrachte Hunderttausende.

Ein feiner Mann,auf den die Nazis wirklich stolz sein können.

SPD. Eine neue Notverordnung der Reichsregierung,die am Sonnabend veröf= fentlicht worden ist,bringt die angekündigte Neuregelung für die Bier=, Real= und Kraftfahrzeugsteuer und eine Aenderung des Einfuhrscheinsystems.

Die Reichsbiersteuer wird um 3 Mark pro Hektoliter gesenkt. Diese Kürzung bedeutet für den untersten Steuersatz eine Ermässigung von 32 Prozent, für den obersten Steuersatz eine Senkung um 25 Prozent. Im übrigen enthält die Notver= ordnung Vorschriften,die die entgeltliche Angabe von Hausbrauerbier verhindern sollen. Die Gemeindebiersteuer ist grundsätzlich um 40 Prozent gesenkt worden. In den zahlreichen Fällen, in denen sie bisher 10 Mark oder 7,50 Mark betra= gen hat, wird sie künftig 6 Mark und 4,50 Mark betragen. Dass Ausmass der 40=prozentigen Senkung findet nur insofern eine untere Grenze,als der Satz von 4 Mark nicht unterschritten werden darf. Wo die Gemeindebiersteuer also bisher 5 Mark betragen hat,wird sie künftig 4 Mark betragen. Zur Entschädi= gung der Gemeinden,in denen die Biersteuer zu senken ist,stellt das Reich 28 Millionen Mark bereit. Hiervon erhalten die Gemeinden mit mehr als 5 ooo Einwohnern 24 Millionen und die Gemeinden mit weniger als 5 ooo Einwohnern 4 Millionen Mark.

Die Biersteuersenkung sollte ursprünglich bereits am Sonntagin Kraft tre=

ten. Die Regierung hat aber von Anfang an den Standpunkt vertreten, dass die Biersteuer nur dann gesenkt werden könne, wenn einmal die gesamte Biersteuer=senkung dem Verbraucher zugute kommt, darüber hinaus der Bierpreis so weit ge=senkt wird, dass der Gesamtpreis für Voll= und Starkbier sich um 15 Pfennige pro Liter ermässigt. Diese Einigung ist, wie die Regierung betont, bisher nicht erzielt worden, obwohl die Regierung sich mit einer Bierpreissenkung von 12 Pfennige pro Liter einverstanden erklärt hatte. Die Regierung hat den Reichs=finanzminister ermächtigt, die Biersteuersenkung in Kraft zu setzen und zwar wird der Minister sofort von der Ermächtigung Gebrauch machen, wenn die Eini=gung mit den Brauereien und den Gastwirten über die Bierpreissenkung erzielt ist. Hinsichtlich der Senkung der Branntweinmonopolabgabe wird mitgeteilt, dass die vorhandenen technischen Schwierigkeiten in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht beseitigt werden konnten. Man hat die Senkung deshalb fürs erste ausgesetzt, um die Biersteuersenkung so schnell wie möglich durchführen zu können.

Die Realsteuersperre, die nur für das Jahr 1931 verfügt war, wird bis Schlussdes Rechnungsjahres 1932 verlängert. Für das Jahr 1932 ist also grund=sätzlich eine Erhöhung der geltenden Realsteuersätze ausgeschlossen. Eine Aen=derung des Realsteuersatzes darf nur vorgenommen werden, soweit dadurch eine An=passung oder Annäherung an die Vorschriften des Steuervereinheitlichungsge=setzes erfolgt und damit die spätere Umstellung auf das Grundsteuerahmengesetz und das Gewerbesteuerrahmengesetz vorbereitet wird. Eine Erhöhung der Gesamt=belastung darf aber durch diese Umstellung nicht eintreten. Lediglich für die Gemeinden, deren Steuersatz unter dem Landesdurchschnitt liegt, ist die Möglich=keit vorgesehen, die Realsteuersätze zu erhöhen, aber höchstens bis zum Landes=durchschnitt.

Im Interesse einer Belebung des Kraftverkehrs wird der Zuschlag zur Kraftfahrzeugsteuer für das Rechnungsjahr 1932 von 10 auf 5 Prozent ermässig. Gleichzeitig werden die Abrundungsvorschriften, insbesondere für die monatli=chen Teilzahlungen, gemildert.

Auf dem Gebiete der Hauszinssteuer beseitigt die Verordnung jeden Zweifel darüber, dass die Eintragung der Ablösungshypothek, die bei Aufnahme eines Dar=lehens zum Zweck der Ablösung der Hauszinssteuer mit dem Rang vor allen anderen Rechten eingetragen werden kann, nicht nur in Reichsmark, sondern auch in Gold=mark zulässig ist.

Bei den zollpolitischen Massnahmen handelt es sich um eine Aenderung des Einfuhrscheinsystems, die lediglich einen bestehenden Zustand legalisiert. Nach den neuen Vorschriften kann die Reichsregierung bestimmen, dass bei der Ausfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten und Erzeugnissen aus diesen Produkten Bescheinigungen erteilt werden, die den Inhaber berechtigen, die gleiche Men=ge der nämlichen Warengattung zollfrei oder zu ermässigten Zollsätzen einzu=führen. Diese Scheine, die jetzt Ausfuhrscheine heissen, werden also nicht wie di früheren Einfuhrscheine über einen bestimmten Wertbetrag, sondern auf eine be=stimmte Menge Getreide oder Hülsenfrüchte lauten und den Inhaber berechtigen, die gleiche Menge der gleichen Getreide= oder Hülsenfruchtart zollfrei oder zu ermässigten Zollsätzen einzuführen.

SPD. Trotz der Währungsverschlechterung steigert sich die Arbeitslosig=keit in Dänemark. Sie betrug Ende Februar 1932 rund 37,3 Prozent gegenüber 26 Prozent im Februar 1931. In der Industrie allein stellt sich der Prozent=satz in diesem Jahr auf 27,2 Prozent gegenüber 17,1 Prozent im vorigen Jahr.

Abbröckelungen.

(Berliner Getreidebörse vom 19. März.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb am Sonnabend die Stimmung recht matt. Es herrschte wenig Unternehmungslust. Am Markte der Zeitgeschäfte blieb die Umsatztätigkeit in engen Grenzen. Die Kurse konnten sich nicht behaupten, vielmehr verlor Weizen etwa 1 bis 2, Roggen ½ bis 1 Mark. Am Promptmarkt war das Angebot an Weizen wieder etwas verstärkt. Die Aufnahmefähigkeit der Mühlen war gering, da das Mehlgeschäft in keiner Weise befriedigte. Auch hier konnten sich die Preise nicht behaupten. Sie gingen um 2 Mark zurück. Roggen dagegen zeigte einen unveränderten Preisstand. Das Angebot an Inlandsware war ausserordentlich klein, die Versorgung erfolgt im allgemeinen mit russischer Ware. Das Mehlgeschäft stagnierte weiter. Die Forderungen für Weizenmehl waren teilweise um 25 Pfennig ermässigt; jedoch griff der Konsum trotz des bevorstehenden Osterfestes nicht schärfer ein. Roggenmehl in russischer Ware war hier und da im Preise etwas herabgesetzt. Auch hier wurde über den allernotwendigsten Bedarf hinaus nichts gekauft. Hafer und Gerste hatten ruhigen Markt.

	18. März	19. März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	245 - 247	243 - 245
Roggen	194 - 196	194 - 196
Braugerste	182 - 189	182 - 189
Futter- und Industriegerste	169 - 177	169 - 177
Hafer	154 - 161	154 - 161
Weizenmehl	30,75 - 34,50	30,75 - 34,50
Roggenmehl	26,75 - 27,90	26,75 - 27,90
Weizenkleie	10,80 - 11,10	10,80 - 11,10
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,40 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 256 (Vortag 258), Mai 260¾ (262), September 230 (231). Roggen Mai 199 (200), Juli 201 (202), September 187 (187½), Hafer März 168 (168½), Mai 172½ (172½), Juli 176 (177).

Buttermarkt.

SPD. Butterpreise vom 19. März. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. 119, abfallende Sorten 109 RM. Tendenz: stetig.

SPD. Die Schweinezählung am 1. März 1932 hat nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts einen Gesamtbestand von rund 20,6 Millionen Stück im Deutschen Reich ergeben gegen 21,8 Millionen Schweine zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. In diesem Ergebnis tritt erstmals der Rückgang in der Entwicklung der Gesamtschweinehaltung in Erscheinung, wie er sich bereits seit einiger Zeit durch Einschränkung der Nachzucht angebahnt hat.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der Tariffriede.

Was wird nach dem 30. April?

SPD. Ende April laufen die durch die Notverordnung vom Dezember geregelten Tarifverträge ab, soweit sie nicht auf eine längere Dauer abgeschlossen sind. Die Besorgnis, dass alsdann grössere Tarifstreitigkeiten eintreten, wird soeben in der Presse durch den Hinweis zu beschwichtigen versucht, dass sich allgemein die Auffassung durchgesetzt habe, ein weiterer Abbau der Gehälter und Löhne sei sowohl aus wirtschaftlichen wie auch aus sozialen Gründen nicht zweckmässig, sondern die ganze wirtschaftliche Situation drange danach, durch Vereinbarungen zur Verlängerung der bestehenden Verträge zu kommen. Wenn in Einzelfällen von Kündigungen gesprochen werde, so köhne es sich nur um wenige Verträge des Binnengewerbes (z.B. Baugewerbe) handeln, wo die Absicht bestehe, eine Angleichung an die stark gesenkten Löhne der Exportindustrien vorzunehmen. Die Quelle dieses Beschwichtigungsversuches ist allem Anschein nach im Reichsarbeitsministerium zu suchen; denn der Hinweis auf die Möglichkeit, durch Vereinbarungen zur Verlängerung der bestehenden Verträge zu kommen, und auf die Bestrebungen zur Senkung der Bauarbeiterlöhne, passt in die taktische Linie der Tarifpolitik des Ministeriums.

Wir sind nicht so optimistisch, uns von Vereinbarungsmöglichkeiten viel zu versprechen; denn wir sehen bis jetzt auf Arbeitgebersetite wenig Neigung, den Tariffrieden aufrecht zu erhalten. Ueberall, wo in der letzten Zeit Kündigungen erfolgten, kamen sie von den Arbeitgebern, und die Arveitgeber kamen dabei jedesmal mit vielfach unerhörten Verschlechterungsforderungen. Man braucht ja nur an die erst dieser Tage aufgeflogenen Manteltarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe zu erinnern, bei denen praktisch die Arbeitgeber auch auf eine neue Lohnsenkung hinarbeiteten. Nicht nur die Arbeitsbedingungen möchten die Arbeitgeber von neuem verschlechtern, auch die Löhne wollen sie abermals gekürzt haben. Vor allem aber wollen sie die Auflockerung der Tarifverträge in einer Form und in einem Umfang, die praktisch auf eine Vernichtung des Tarifwesens hinauslaufen. Soeben hat das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auf seiner Präsidialsitzung u.a. die Forderung aufgestellt, es müsse im Rahmen zielbewusster Wiederherstellung freier Entwicklungsmöglichkeiten vor allem auch auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen ein Zustand geschaffen werden, der freie Vereinbarungen über Arbeitslohn und Arbeitszeit ermögliche. Wie diese "freien" Vereinbarungen zustandekommen sollen, haben besonders drastisch bereits die Kniffe und Pfiffe der Arbeitgeber der Rheinschiffahrt gezeigt. Durch eine förmliche Flucht aus ihren Verbänden haben die Rheinreeder den Tarifvertrag praktisch zerstört. Sie haben das getan um im Weg "freier Vereinbarungen" von dem einzelnen Arbeitnehmer Reverse zu erpressen, d.h. um neue Arbeitsverträge, d.h. neue Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen und im Lohn zu erzwingen.

Die Rheinschiffahrt gehört zum Binnengewerbe, von dem in dem oben erwähnten Beschwichtigungsversuch gesagt wird, dass eigentlich nur in ihm und nur verhältnismässig wenig Tarifkündigungen erfolgt seien. In Wirklichkeit liegen aber die Dinge keineswegs so harmlos. Neben dem Baugewerbe, in dem die

Arbeitgeber, gesteift durch das Reichsarbeitsministerium, mit aller Macht die Löhne zu senken versuchen und neben der Rheinschiffahrt, wo die Reeder förmliche Paria-Löhne schaffen wollen, droht, um nur ein weiteres Beispiel herauszugreifen , auch in den Gemeindebetrieben eine Verschlechterung der Arbeitslöhne, die man denen der Reichsarbeiter anpassen möchte. Jedenfalls sind die Kündigungen im Binnengewerbe alles andere als eine Bagatelle; denn Hunderttausende von Arbeitnehmernwerden davon betroffen.

Natürlich ist aus wirtschaftlichen wie sozialen Gründen ein weiterer Lohn-und Gehaltsabbau unerträglich. Er ist eine glatte Unmöglichkeit. Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Geschäftswelt , die den Arbeiterkonsumenten braucht, weiss das. Vielleicht wissen das sogar die Arbeitgeber, aber wenn diese nicht wollen - was dann? Das Zeitalter der Norverordnungen ist noch nicht vorüber. Auch wenn Hitler ans Ruder käme, wäre es noch nicht abgeschlossen. Dann schon gar nicht. Ausdrücklich hat er vor der Präsidentenwahl mitten im Siegesrausch, da ihm vor seiner Gottähnlichkeit bange wurde, erklärt er werde keineswegs sofort alle Notverordnungen der Regierung Brüning rückgängig machen. Wennnun also schon das Zeitalter der Notverordnungen noch nicht abgeschlossen ist, dann kann man sehr wohl die Frage aufwerfen: warum nicht auch einmal eine Notverordnung zugunsten der Arbeitnehmer? Schliesslich ist ja die Lohnabbaunotveronrdnung vom Dezember infolge der Nichteinlösung des Preisabbauversprechens noch recht schmerzlich fühlbar. Man könnte sich also sehr wohl vorstellen, dass , wenn die Arbeitgeber nicht rechtzeitig Vernunft annehmen, durch Notverordnung der Tarifwaffenstillstand verlängert wird.

Eine Vorstellung ist noch nicht Wirklichkeit. Aber die Arbeiter haben die Möglichkeit, auch ihrerseits etwas dazu zu tun, dass rechtzeitig den neuenAbbaubestrebungen der Arbeitgeber ein Riegel vorgeschoben wird. Sie brauchen nur bei der Reichspräsidentenwahl und bei der Preussenwahl dafür zu sorgen, dass die Bäume der Scharfmacher, Hitlers Bäume, nicht in den Himmel wachsen. Die Zeiten werden auch nach den Wahlen zunächst noch schlecht sein. Was schlecht ist, kann aber noch schlechter werden. Wer nicht nach dem 30. April in neuem Lohnabbau die Wahlkosten Hitlers bezahlen will, muss vor dem 30. April beinden Wahlen mit den Gewerkschaften marschieren.

SPD. Die Zahl der offiziell unterstützten Arbeitslosen in Frankreich ist in der Woche vom 6. bis 12. März um 5 200 auf 304 000 gestiegen. Während der gleichen Zeit des Vorjahres wurden nur 47 400 Arbeitslose gezählt.

SPD. Der Französische Textilverband hat eine Entschliessung angenommen, in der zur Bekämpfung der Krise die Einführung der 40-Stundenwoche gefordert wird.

SPD. In den Vereinigten Staaten hat die Wirtschaftskommission des Repräsentantenhauses eine Gesetzesvorlage angenommen, wonach die Einwanderung aus den europäischen Ländern bis auf weiteres vollkommrn unterbunden werden soll.

Das Arbeitlosenproblem in USA ist durch Verbot der Einwanderung nicht zu lösen; denn die Einwanderung hat bereits so gut wie aufgehört.

SPD. Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der zurzeit in Bern tagt, beschloss, dass die Exekutive so rasch wie möglich eine Antikriegskommission unter Beteiligung der an einer Aktion gegen die Beförderung von Kriegsmaterial interessierten internationalen Berufssekretariate einberufen soll. In der Frage eines Einbaues der Berufssekretariate in den JGB sprachen sich von den 23 vertretenen Organisationen in der Abstimmung 16 für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes aus. In der Debatte über die Weltwirtschaftskrise kam mit besonderem Nachdruck die Forderung zum Ausdruck, den wirtschaftlichen Zusammenbruch sofort mit aller Energie zur Umgestaltung der Wirtschaft zu benutzen und die Planwirtschaft an die Stelle des Kapitalismus zu setzen.

Der Vorstand des JGB beschloss, im Zusammenhang mit der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf am 16. und 17. April eine internationale Wirtschaftskonferenz der Gewerkschaften abzuhalten, zu der auch die Vertreter der dem JGB nicht angeschlossenen Länder eingeladen werden sollen.

SPD. In Braunschweig hat der Naziminister Klagges nunmehr sämtliche Polizeibeamten gezwungen, einen Revers zu unterschreiben, wonach sie nicht mehr dem Landesverband braunschweigischer Polizeibeamten angehören und dem Verband - er ist dem DBB angeschlossen - auch in Zukunft nicht beitreten werden.

Der Revers widerspricht dem Artikel 159 der Reichsverfassung, der allen Beamten Vereinigungsfreiheit zusichert. Die braunschweigischen Polizeibeamten, die völlig schutzlos sind und den Revers nur unterzeichnet haben, weil sie sonst den Verlust ihrer Stellung befürchten müssen, erwarten endlich ein Eingreifen der Reichsregierung.

Wie lange will die Reichsregierung die Schmach des Naziterrors in Braunschweig noch dulden?

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat aus Anlass der Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten bei der Reichsregierung die Forderung einer Säuberung des Personalkörpers der öffentlichen Verwaltung von staatsfeindlichen Elementen erhoben. Er wirft die Frage auf, ob jemand, der durch Zugehörigkeit zur NSDAP oder durch ihre Unterstützung in irgendwelcher Form sich selbst an der Vorbereitung des Bürgerkriegs, an der Vernichtung der Demokratie und an der Errichtung einer verfassungswidrigen Diktatur beteiligt, Beamter der Republik sein oder bleiben kann. Die Antwort darauf könne nur mit einem "Nein" bestehen.

Der ADB fordert Entfernung aller Personen aus dem öffentlichen Dienst in Reich, Staat, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften, die durch Zugehörigkeit zur NSDAP oder durch ihre Unterstützung an der Vorbereitung von Bürgerkrieg und Umsturz mitwirken. Jedem Beamten und öffentlichen Angestellten müsse gegen Unterschrift eröffnet werden, dass Betätigung in diesem Sinne unvereinbar mit den übernommenen und dem beschworenen Pflichten sei und fristlose Entlassung ohne Pension zur Folge habe.

Wer mit dieser selbstverständlichen Forderung einig ist, wird gebeten, seine Zustimmung dem ADB über die Redaktion dieses Blattes mitzuteilen.